

Mehr Geld für die Armee

- 14.10.2026
- Aargauer Zeitung / Aarau-Lenzburg-Zofingen
- Othmar Matt

Neun Bürgerliche skizzieren eine neue Lösung. Die Mobilisierung fand per SMS statt. Nach der Sitzung der sicherheitspolitischen Kommission vom Montag organisierten bürgerliche Nationalräte einen Abend mit Apéro und Nachtessen. Neun Parlamentsmitglieder waren anwesend. Das Ziel des Zusammenseins: SVP, FDP und Mitte wollten eine Lösung finden für die Finanzierung der Armee.

Sie stehen unter Druck: Finden sie keinen Ausweg, droht eine Mitte-links-Allianz. Für die Nationalräte gab es eine rote Linie: keine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Der Nationalrat weicht damit deutlich ab von der Lösung des Ständerats, der dies vorsieht. Der Apéro und das Nachtessen wirkten befruchtend. Sie mündeten in einen Antrag, den Thomas Hurter (SVP), Heinz Theiler (FDP) und Martin Candinas (Mitte) in die Kommission einbrachten.

Für ihre Lösung suchten die Bürgerlichen 1,3 Milliarden Franken, weil sie die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,2 Prozent kippten (800 Millionen pro Jahr) und 500 Millionen wegnahmen, die der Ständerat vom Covid-Schuldenabbau zur Armee umlenken wollte. Gefunden wurde das Geld in fünf Bereichen. Erstens: Kürzungen bei der Internationalen Zusammenarbeit: 200 Millionen. Zweitens: Nur 200 Millionen des Covid-Schuldenabbaus kommen zur Armee. Drittens: Ein Entlastungspaket wird reaktiviert: 600 Millionen.

Viertens: Ein Teil des Einnahmenwachstums des Bundes wandert zur Armee: 100 Millionen. Fünftens: Vom Kantonsanteil der direkten Bundessteuer gibt es 200 Millionen. «Der Abend war sehr gut», sagt SVP-Nationalrat Hurter. «Wir listeten zunächst Gemeinsamkeiten auf, schieden Unverhandelbares aus und hatten dann eine Basis für die Verhandlungen.» FDP-Nationalrat Theiler sagt: «Ich habe Freude, dass wir die Finanzierung der Aufrüstung überparteilich konstruktiv miteinander diskutieren konnten und eine Lösung fanden.

» Mitte-Nationalrat Candinas betont: «Wir haben eine überparteiliche Lösung skizziert. Das war dringend nötig. Das erwarten die Menschen in diesem Land von uns.» Nun beugt sich Ende Woche die Finanzkommission über die Ideen. Im November entscheidet die Sicherheitskommission über den Antrag.

.